

Piepen – Knete – Moos – Dire-Dare – Flins – CASH – Öken – Schotter – Knete – Bimbos

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
*ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl*

lauten einige Ausdrücke für das Bare. Die fast liebevollen Bezeichnungen erinnern an die Kindheit, als man den Fünfer, den einem der Onkel zuschob, dem Zugriff der Mutter und Sparbüchse entzog und in ein Micky-Maus-Heft, Kaugummi oder anderen Tand verwandelte. Die libidinöse Beziehung zum Geld überdauerte die Zeit des ersten Gehalts und der knapp kalkulierten Auslandsurlaube. Sie wurde durch das bargeldlose Verfahren gekappt: Giro-, Maestro- und Kreditkarte sind zwar praktisch, aber verhindern die Geste mit einem Bündel von Scheinen Eindruck zu machen und rächen sich oft durch Frust über das leere Konto.

Daran haben die Politiker*innen aller Parteien, als sie die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen einforderten, sicher nicht gedacht. Sie behaupten nicht, dass das Verfahren den Menschen das Leben erleichtern wird, sondern beabsichtigen das Gegenteil: Abschreckung. Es geht um die Auslandsüberweisungen, die Asylsuchende von dem bisschen Taschengeld an Eltern oder Kinder zur Unterstützung tätigen. Die Behauptung, diese Zahlungen seien ein pull-factor ist nicht belegt und wird von der Wissenschaft bezweifelt – Steigerungen der Flüchtlingszahlen beruhen primär auf Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung.

Von den Sozialleistungen würden vor allem die Schleuser bezahlt und durch die Bezahlkarte arbeitslos. Welch Unsinn! Keiner der „kriminellen“ Schleuser lässt sich darauf ein, dass die 15 000 - 20 000 EURO, die die Schleusung kostet, in 20 EURO-Raten von den Geflüchteten abgestottert wird. Sie halten sich an die

Familien zu Hause und treiben die Schulden dort ein.

Es geht in Wahrheit darum, den Geflüchteten das Leben weiter zu erschweren. Denn nicht alle Geschäfte werden die Karte akzeptieren, die regionale Beschränkung behindert Reisen in Nachbarlandkreise, die Einschränkung der Barmittel erschwert Ratenzahlungen, etwa an die Anwäl*innen oder für Abos und schränkt generell die Freiheit ein, zu der auch der selbstbestimmte Umgang mit dem Geld gehört. Die monatliche Aufladung und eine Feststellung der Auszahlungsorte ermöglicht eine automatische Überwachung des jeweiligen Aufenthalts und die Erstellung eines Bewegungsprofils. Die Auflistung der getätigten Käufe ermöglicht Rückschlüsse auf Tauschgeschäfte – etwa beim Zigarettenkauf von Kindern oder Schwarzarbeit. Die damit gegebene präventive Überwachung ermöglicht eine „maschinelle“ strafrechtliche Verurteilung wegen eventueller Verstöße nicht nur gegen Ortsauflagen. Diese Möglichkeiten führten schon jetzt zu Forderungen, diese Maßnahme auch auf Sozialhilfe- und Bürgergeld-Empfänger*innen auszudehnen.

Dummheit, Ignoranz und Populismus, aber auch Hilflosigkeit angesichts des anhaltenden Flüchtlingszuzugs und der schwierigen Lösungen führen oft zu Neid und Hass. Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist hiervon Ausfluss. Den Zuzug von Geflüchteten oder einen behaupteten Missbrauch von Sozialleistungen wird sie nicht verringern. ©